Die heutige Ausgabe umfaßt 4 Seiten.

Einzelpreis 40 Pfennig.

F. J. M. Rehse Archiv f. Zeitgeschichte u. Publizistik München

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag. — Bezugspreis: Vierteljährlich M. 10.—, Postscheckkonto München 11 346. — Geschäftsstelle: Thierschstraße 15. — Fernruf 20 647 Geschäftszeit 8—4 Uhr, Samstag 8—12 Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen brutto M. 1.50 mit entsprechenden Nachlässen. Reklamezeile M. 5.—. Finanzanzeigen netto M. 1.50 Familienanzeigen M. 1.50, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) 90 Pf. — Schriftleitung: Schellingstraße 41/I, Fernruf 20 647. Drahtanschrift: Beobachter, München.
Sprechstunde des Hauptschriftleiters 10—12 Uhr, der verantwortl. Schriftleitung 2—4 Uhr nachmittags.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Ausgabe 20 — München, den 10. März 1921 — 35. Jahrgang

London

Die Politik der Halbheiten

Von Bismarck ist aus dem Jahre 1887 das Wort überliefert: „Der nächste Krieg bedeutet entweder die Vertilgung Deutschlands von der Oberfläche Europas oder die Vertilgung Frankreichs." Dieses Wort braucht nicht wörtlich aufgefaßt zu werden; denn weder 40 Millionen Franzosen noch 85 Millionen Deutsche können — annähernd — beseitigt werden. Nur eine teilweise Schwächung der Volkskraft ist denkbar zunächst für Deutschland mit planmäßiger Auswanderung im größten Maßstab. Darauf wies Clemenceau hin, darauf nahm in einem von der deutschen Tagespresse totgeschwiegenen Leitartikel des „Echo de Paris" vom 21. Februar der Korrespondent Pertinax Bezug, wenn er sagt: „Ich muß darauf hinweisen, mit wieviel Sympathie man in London die Bestreitung der Wiedergutmachung im Wege eines Exportes deutscher Arbeiter (!!) ins Auge faßt. Manche gehen bis zu der Ansicht, daß dieser Reparationsmodus am Ende der einzige sei, der den britischen Handel nicht schädigen könne." Wir halten diese feindliche Pressestimme für eine der bedeutungsvollsten der letzten Wochen und stellen ausdrücklich nochmals fest, daß weder die „bürgerliche" Presse noch die „proletarische" dieses teuflische Wort festgenagelt haben: Ist die Welt schon während des Krieges durch den Beschluß der Ententeregierungen, daß die Achtung vor dem feindlichen Privateigentum aufgehoben sei, einen Beschluß, den die kaiserlich deutsche Regierung in ihrer Tölpelhaftigkeit nicht unterließ, sofort nachzuahmen, in geradezu barbarische Zustände zurückgefallen, so jetzt mit der bevorstehenden Eröffnung des neuzeitlichen Sklavenmarktes im Weg des Menschen-Exporthandels! So allerdings läßt sich, in Form von riesenhafter Auswanderung in Verbindung mit künstlich gesteigerter Sterblichkeit, eine unabsehbare, an Vernichtung grenzende Schwächung deutscher Volkskraft denken. Hierzu treten die Bestrebungen auf Kontrolle unserer Wirtschaft und auf die Zertrümmerung der Reichseinheit.

Nach zahlreichen Nachrichten, die wir aus Elsaß-Lothringen haben, reißt man sich heute in Frankreich geradezu um elsässische oder lothringische Baumeister, Ingenieure, Kaufleute, Bankfachleute, Landwirtschaftler, Techniker und Vorarbeiter auf allen Gebieten. Warum? Weil die Leute deutsche Schulung haben. Frankreich ist schon vor dem Krieg nicht ohne deutsche Fachausbildung ausgekommen. Es gab deutsche Direktoren beim Credit Lyonnais. Die gesamte Installation des öffentlichen Telephon- und Telegraphenwesens sollte vor dem Krieg mit deutscher Hilfe auf neue und kräftige Beine gestellt werden usw. usw. Heute ist Frankreich um einige Pferdelängen näher am wirtschaftlichen Bankerott als Deutschland. Es sucht sich gewissermaßen zu retten (oder gibt sich den Anschein, sich zu retten), dadurch, daß es dem deutschen Körper abgezapftes Blut hastig in seinen eigenen Kreislauf einpumpt. Es gibt sich den Anschein: denn die Staatsmänner, die dieses unglückliche Land regieren, sind völkisch entartete Subjekte, denen es nicht verborgen sein kann, daß sie auf ihre Weise die Geschäfte der jüdisch-angelsächsischen Weltfirma besorgen. Auf die Dauer aber wird die von den heutigen französischen Politikern betriebene Politik der Vorspiegelung falscher Tatsachen nicht vorhalten und der wirtschaftliche Bankerott Frankreich vollends zum Hörigen des jüdisch-angelsächsischen Weltimperiums herabdrücken, das alsdann unter Einsatz der von ihm geleiteten deutschen Auswanderermassen (vom Cheningenieur bis zum gelernten Arbeiter!) die Weltwirtschaft in seinem Sinn, gottähnlich, wie es sich dünkt, neu zu regeln suchen wird. Der angelsächsische Instinkt arbeitet mit langen Fristen. Die von unseren „Staatsmännern" beliebte Politik des „Auf-die-lange-Bank-Schiebens, die übrigens auch der Bolschewist Radek als die zweckmäßigste empfiehlt, paßt hierzu ganz vorzüglich!

Eine deutsche Regierung, die es mit ihren Gewissenspflichten in erster Linie gegenüber der eigenen Nation, in zweiter Linie auch gegenüber der Menschheit, ernstmeint, sollte hiernach rasch, entschlossen und planmäßig auf die entgegengesetzten Ziele streben; daß die Verhandlungen in London ein Unsinn, zwecklos sind, haben wir oft genug betont. Abbruch der Verhandlungen (von Ausarbeitung, besser gesagt: Erbettelung milderer Bedingungen ganz zu schweigen) genügt nicht. Vorzeitige Rückkehr der Londoner Abordnung genügt nicht. Wir kennen nur einen Entschluß: Kündigung des Vertrages von Versailles in aller Form. Wir möchten diesen Akt als den weltpolitischen Generalstreik des deutschen Volkes bezeichnen. Dieser Entschluß würde weltpolitisch und weltwirtschaftlich in größtem Maßstab Folgen zeitigen, wie sie sich vergleichsweise im Wirtschaftskämpfen im Rahmen einer Nation ergeben. Die Wirtschaftskrisis in Frankreich würde rasch akut werden. Die künstlich aufgeblähte Widerstandskraft, die englischerseits ausgenützte Hilfsfähigkeit Frankreichs würde rasch zusammenschrumpfen. Der auf lange Sicht eingestellte jüdisch-angelsächsische weltwirtschaftliche Umwandlungsprozeß würde jäh und empfindlich unterbrochen.

Bei einem wirtschaftlichen Machtkampf ist die Solidarität der Arbeitsgenossen Voraussetzung. In dem weltpolitischen Generalstreik der deutschen Nation ist die Solidarität aller tatkräftigen Volksgenossen unerläßlich. Im Fall einer halben Tat (und darunter ist der bloße Abbruch der Londoner Verhandlungen ohne Kündigung des Versailler Vertrages zu verstehen), ebenso wie bei einer ganzen Tat wird sich wiederum die ganze Front der Feinde von 1918 gegen uns stellen. Bis auf wenige Ausnahmen, die zu unseren Gunsten ins Gewicht fallen mögen! Denn das tatsächliche Ziel des Krieges und der Friedensschlüsse, die wirtschaftliche Neuorganisation der Welt, ist auch heute noch nicht erreicht. Dem mammonistisch-kapitalistischen Prinzip der Westmächte, als deren Lakaien Lenin und Trotzki wirken, steht gegenüber das völkisch-sozialistische Prinzip des deutschen Volkes, dessen Ermannung auch dem geknechteten russischen Volke erst das eigentliche Signal zur Wiedererhebung sein wird. Die wirtschaftliche Leistungs- und Organisationsfähigkeit des wiederbefreiten deutschen Volkes aber wird, das ist unsere felsenfeste Überzeugung, eine ungeheuer gesteigerte sein. Wohlgemerkt unter einer Bedingung: daß das Problem des „Arbeitgebers" auf deutsche Art gelöst und der „Unternehmer" schon organisatorisch zu dem werde, was unter einem Friedrich dem Großen das Königtum (vorübergehend) ward, zum Dienst am Volke. (An diesem Problem „Stinnes" reden die deutsch-nationalen Agitatoren krampfhaft vorbei! Und doch ist es eine entscheidende nationale Frage!)

Wo wir auch suchen, im bürgerlichen oder im nichtbürgerlichen Lager, die grundsätzlichen Erwägungen, die wir eben erörterten, stellt in ihrem ganzen Zusammenhang niemand an. Und doch vermögen nur sie die richtige Entschlossenheit zu geben, nur sie zum „Durchhalten" zu bestärken.

Die neuerliche Erörterung der Schuld am Kriege mit dem selbstverständlichen Nachweis der Harmlosigkeit unserer alten Regierung, die Forderung auf Veröffentlichung aller Geheimakten (deren wichtigste Papiere in fremden Archiven längst vernichtet sein können!), Verurteilung der Schurken à la Erzberger usw. — das alles sind die in den letzten Tagen erlebten Ausbrüche sogenannter nationaler Entschlossenheit. Alles Geschwätz! Unsere Forderung ist und bleibt: Kündigung der Friedensverträge. Abberufung unserer Friedenskommission (Paris), Zustellung der Pässe an die fremden Kommissionen, Forderung der unverzüglichen Räumung deutschen Gebietes von fremden Truppen!

Politik

Die Vergewaltigungspolitik der Entente

C. Berlin, 8. März. 250 Millionen Mark für Entfestigungen. Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, werden im Jahre 1921 auf Grund des Friedensvertrages die Maßnahmen für die Entfestigung durchgeführt werden müssen. Dafür wird im Reichshaushalt eine Forderung von 250 Millionen Mark aufgestellt. Die Entfestigungsarbeiten werden vorgenommen am Oberrhein (9 Millionen Mark), in Rastatt (25 Millionen Mark), in Köln (60 Millionen Mark), in Koblenz (10 Millionen Mark), in Mainz (30 Millionen Mark), in Germersheim (30 Millionen Mark), in Kiel (40 Millionen Mark), in Wesel (10 Millionen Mark) und auf Helgoland (30 Millionen Mark).

Die Entente und Türkei

C. Berlin, 8. März. Der Vertrag von Sevres wurde laut „Daily Expreß" zugunsten der Türkei abgeändert, so daß Griechenland Thrazien und Smyrna verliert.

Damit ist die Türkei, formell wenigstens, in den größten Teil ihrer alten Besitzrechte eingesetzt. Diese gründliche Änderung ist allerdings nur mit Fortdauer des bewaffneten Widerstandes von den Alliierten ertrotzt worden. Eine Nutzanwendung wird uns — wenn auch nicht für die Gegenwart — so doch für die Zukunft nicht erspart bleiben.

Aus dem Lande der 14 Punkte

C. Berlin, 8. März. Denby erklärte laut Reuter, die neue Regierung werde eine amerikanische Flotte bauen, an die keine andere Flotte der Welt heranreiche.

Die Weltpolitik der Zukunft wird von der angelsächsischen Interessen- und Betriebsgemeinschaft beherrscht werden.

O heiliges deutsches Reich mit deinen „Internationalen"

Die Fütterung der interalliierten Kommissionen

C. Berlin, 8. März. Nach dem Friedensvertrag hat Deutschland außer den in die Milliarden gehenden Kosten für die Besatzungsarmee auch die Kosten für die an den verschiedensten Plätzen Deutschlands stationierten interalliierten Kommissionen aufzubringen. Aus amtlichen Angaben über die einzelnen Posten ist zu erkennen, welche ungeheuren Beträge der deutsche Steuerzahler allein für die Unterbringung, den Bureaubedarf, das Personal usw. der interalliierten Kommissionen in Berlin aufzubringen hat.

In der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1920, also für 3 Monate, betrugen die Kosten 1. für die Kontrollkommission: Geschäftszimmer und Massenquartiere 308 347,50 Mark, Hotelzimmermieten 2 679 750,24 Mark, Privatwohnungsmieten 409 164,65 Mark, Bureaubedarf 239 750,01 Mark, deutsches Personal 822 396,04 Mark, Sonstiges 4 741 347,41 Mark (davon allein für Kraftwagen und Kraftwagenreparaturen 4 501 525,13 Mark). 2. für die Wiedergutmachungskommission: Geschäftszimmer und Massenquartiere (endgültiger Betrag ist noch nicht festgesetzt, dürfte jedoch voraussichtlich vierteljährlich betragen 150 000 Mark), Hotel 49 040,67 Mark, Bureaubedarf 111 177,20 Mark, deutsches Personal 60 014,35 Mark, Sonstiges 192 027,78 Mark.

In der Zeit vom 27. November 1919 bis 31. Dezember 1920 sind insgesamt verausgabt: Kontrollkommission: 20 190 521,86, Wiedergutmachungskommission: 941 580,61 Mark, Vermißtenkommission 17 435,50 Mark, Viehabnahmekommission 9 380,90 Mark, Baltikumkommission 65 378,— Mark. Reichsvermögensamt für die interalliierten Kommissionen (das Amt hat eigens für die Bearbeitung der Angelegenheiten der interalliierten Kommissionen geschaffen werden müssen) 686 224,31 Mark. Gesamtsumme 21 910 521,27 Mark.

Nur fest zahlen und den Kopf in den Rinnstein gesteckt!

Sowjetrußland

Die „Neue Zeitung" schreibt über Sowjetrußland in Nummer 663:

„Die Kollektivwirtschaft.

Auf dem Allrussischen Kongreß der Kollektivwirtschaften hielt die Delegierte Wizenko eine wichtige Ansprache. Sie sagte unter anderem:

Bei der Kampagne zur Förderung der Landwirtschaft muß vor allem auf die Kollektivwirtschaft hingewiesen werden. Sie ist die Grundlage der kommunistischen Arbeit. Um der Kollektivwirtschaft tatsächlich ihren vollen politisch und wirtschaftlich erzieherischen Wert zu geben, sollen die Kollektivwirtschaften bei dem Generalplan zum wirtschaftlichen Ausbau des Landes, bei der Verteilung des Saatgutes des Bodens durch den Staat Vorteile gewährt, ferner auch die beste wissenschaftliche Hilfe und die Mittel zur Erziehung geboten werden."

Dazu haben wir folgendes zu bemerken:

Die „große russische Revolution" hat den Großgrundbesitz enteignet und den Boden den Bauern übergeben. Seit dieser Zeit hungert Rußland. Und warum? Letzten Endes, weil die Bauern nicht mehr Boden bebauen als zu ihrem eigenen Verbrauch notwendig ist. Sie sagen, es lohnt sich nicht mehr zu arbeiten, da ja die Kommissare doch alles wegnehmen würden ohne entsprechende Entschädigung. Um nun aber dem Hungern zu steuern, nahmen die „Hohen Räte Moskaus", die nebenbei bemerkt, nur unter Deckung von Panzerautos auf der Straße zu sehen sind (wie sonderbar, ein Idealstaat!), den Bauern den ehemaligen Großgrundbesitz wieder weg und bildeten daraus „sogenannte" kommunistische Mustergüter. Der Leiter dieses Mustergutes wurde natürlich irgendein Sowjetjude, ein Räteregent, dem als technischer Beirat ein ehemaliger Landwirt oder Besitzer (meist deutsch!) die Arbeit zu leisten hat. Nun fehlte es an Arbeitern. Die Bauern zeigten keine große Lust für die kommunistischen Mustergüter zu arbeiten, sie weigerten sich kurzweg. Die Sowjetdirektoren des jüdischen Zarismus in Rußland wußten Rat: Sie mobilisierten (so heißt der Ausdruck) die Arbeiter der stillliegenden Fabriken der Städte (es liegen beinahe alle still) und machten kurzer Hand aus hungernden Fabrikarbeitern Landarbeiter. Die „Mobilisierten" gehen nur unwillig an diese Arbeit, weil sie davon nichts verstehen und weil sie nicht 8, sondern 12 und 14 Stunden zu arbeiten haben. Der Erfolg dieser Wirtschaft wird sich bald zeigen.

Das Ganze nennt sich also:
Kollektivwirtschaft!!

London und Wir

Um schärfsten Einspruch zu erheben gegen die neuerliche Verschacherung deutscher Arbeitskraft, gegen den sicher zu erwartenden neuerlichen schamlosen Kuhhandel in London, versammelten sich auf Einladung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei über 5000 Volksgenossen aller Stände und Berufe am Sonntag früh 10 Uhr im Zirkus Krone.

„Die Augen des deutschen Volkes", so führte der Leiter der Kundgebung, Werkzeugschlosser A. Drexler aus, „sind heute auf London gerichtet. Die ganze übrige Welt aber sieht heute mit gespannter Aufmerksamkeit auf das deutsche Volk. Die nächsten Stunden werden darüber entscheiden, ob wir Deutsche noch wert sind, als das „freieste Volk" zu gelten, oder ob wir durch eigene Schwäche und durch eigene Dummheit zu Fronknechten und Akkordschuftern internationaler Börsenbanditen werden sollen. Ein Mitglied der sogenannten deutschen Delegation — in Wirklichkeit ihr wahrer Führer —, Walter Rathenau, hat ausgerechnet, daß jeder Deutsche seine heutige Lebenshaltung auf ein Viertel seiner Lebenshaltung vor dem Kriege zurückschrauben muß, oder daß, wenn das unmöglich sein sollte, die deutschen Arbeiter zum 16-Stunden-Tag zurückkehren müssen, um jene ungeheueren Milliardenbeträge aufbringen zu können, die ihnen das Pariser Diktat auferlegt. (Lebhafte Pfuirufe.) Auf die Frage warum wir nun alles das erdulden müssen, hat Lord George vor wenigen Tagen

die Antwort gegeben: Das durch die Unterschrift des Friedensvertrages gegebene Schuldbekenntnis und damit die Verantwortlichkeit am Kriege ist die Basis für die Alliierten. Die Revolutions- und nachnovemberlichen „Größen“ Deutschlands waren es, die die deutsche Vorkriegsregierung, ja das deutsche Volk selbst der Urheberschaft am Kriege bezichtigten. Damit verschafften sie der Entente den Scheinrechtstitel, unter dem sie das werktätige deutsche Volk heute strangulieren (morden) kann. Für uns aber ist das „Eingeständnis“ und Schuldbekenntnis dieser Leute nicht das Eingeständnis des deutschen Volkes, sondern ihr eigenes Geständnis, gegen besseres Wissen und teilweise aus verbohrter Dummheit und G'schaftlhuberei das deutsche Volk — die deutsche Arbeits- und Zinskraft — generationenlang an das internationale Börsenkapital verschachert zu haben.

Von Versailles bis London, nichts weiter als ein Sklavenhandel, ein Verschachern deutscher Arbeitskraft.

Und dennoch findet sich nicht ein Mann in der sogenannten deutschen Delegation in London, der in der Schuldfrage endlich ein offenes Wort spräche, der den Alliierten (ergänze Börsenbanditen. D. Schriftlig.) den Spiegel ihrer Verworfenheit vorhalten würde und ihnen das einzig wahre Wort in die Ohren schreien würde:

Der Weltkrieg, die Revolution und der Bolschewismus sind ein Werk der Börseninternationale, sind die drei Etappen, die das Arbeitskraftmonopol, die Vertrustung der Arbeitskräfte aller Völker unter einen internationalen Finanzkonzern erstreben, der aus verjudeten Christen, größtenteils aber aus Juden und Freimaurergroßmeistern zusammengesetzt ist.

Wir wissen heute, daß wir und die werktätige Bevölkerung aller Länder nicht um der eigenen völkischen Belange willen in den Krieg gehetzt worden sind, sondern lediglich um die Rotschild, die Bleichröder, die Schiff und die Schwab, die Morgan und die Levison, die Stinnes und die Rathenaus zu Weltbeherrschern — zu den wahren Diktatoren — über das Weltproletariat zu machen.

Daß von den Leuten, die heute teilweise als harmlose Vertreter, teilweise aber als Verräter des deutschen Volkes in London sitzen, eine solche Sprache nicht gesprochen werden kann, wissen wir. Und wenn heute über 5000 schaffender Volksgenossen sich versammelt hätten, so in erster Linie deshalb, um zu beurkunden, daß kein Lord George und kein Dr. Simons, kein Rathenau und kein Melchior den Marsch der Wahrheit über die „deutsche Kriegsschuld“ aufhält und weiterhin, um festzustellen, daß es tausende und abertausende anständiger Menschen in Deutschland gibt, die diese Londoner Konferenz als das durchschaut haben, was sie in Wirklichkeit ist,

der krasseste Bolschewismus der Diplomatie“. (Stürmischer Beifall.)

Die neuerdings in London aufgerollte Frage der Schuld Deutschlands am Kriege behandelte Adolf Hitler. Seiner fast zweistündigen Rede entnehmen wir folgendes:

„Alle Verhandlungen, die bisher geführt wurden, waren in Wirklichkeit nichts anderes als wohlvorbereitete Schläge und neue Erniedrigungen des deutschen Volkes. Und ohne das Ergebnis der Londoner Verhandlungen zu wissen, dürfe man jetzt schon behaupten: noch ärger als sie es uns bisher schon gemacht haben, können sie es wahrlich nicht mehr treiben. Wenn man sich nun frägt, was den Leuten das Recht gibt, uns derart zu behandeln, so gibt es nur eine Antwort: Unser eigenes Eingeständnis unserer (angeblichen) Kriegsschuld. Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit? Erst seit den Tagen, an denen uns das Glück verließ, gibt es Leute in Deutschland, die zuerst flüsterten und dann schrien: Wir sind schuld am Kriege. Aber der Erfolg oder Mißerfolg (der Sieg oder der Untergang in diesem Krieg) beweist noch lange nicht unsere Schuld. Schuld und Ursache sind hier gründlich auseinander zu halten.

Schuld an dem jetzigen Unglück sind wir Deutsche nur insofern, als wir vergessen haben, gegen den Plan der Börsenkanaillen — nämlich die Völker zu versklaven — rechtzeitig die notwendigen Gegenmaßnahmen zu treffen. Der jetzige ‚Friede‘ zeigt so recht, daß der Krieg sich nicht richtete gegen eine deutsche Feudalherrschaft, gegen einen Staatsmann oder gegen einen Kaiser, sondern daß er geplant war und heute noch durchgeführt wird gegen das deutsche Volk.

Die Ursache zum Krieg aber lag begründet in unserer wirtschaftlichen Entwicklung und in unserem sozialpolitischen und kulturellen Hochstand. Frankreichs Ziel war von jeher die Rheingrenze. Die Verwirklichung des Planes erstrebten die Franzosen schon seinerzeit, als Deutschland noch von Habsburgern regiert war. 29 mal hat dieses Volk an Deutschland den Krieg erklärt, jedesmal mußte der niederträchtigste Schwindel als Ursache herhalten. Nicht umsonst wurde der Satz ausgesprochen: Afrika hat seine Affen, Europa seine Franzosen. Aber das „Großmaultum“ würde gerade den Franzosen sehr bald vergehen, wenn sie nicht sehen würden, daß wir Deutsche zu allem ‚ja‘ und ‚amen‘ sagen. Dem deutschen Volk wirft man heute vor, und es glaubt den Wahnsinn, es sei imperialistisch gewesen. Daß in Rußland auf jeden erwachsenen Russen 18 mal soviel Grund und Boden trifft wie auf jeden Deutschen überhaupt, daß England 43 Kriege geführt hat, um heute, obwohl es nur 52 Millionen Einwohner zählt, drei Viertel der ganzen Welt zu beherrschen, will niemand wissen. Welche Gemeinheit es bedeutet, wenn Lord George Deutschland heute Imperialismus und die Schuld am Kriege vorwirft, wird man ermessen, wenn man weiß, daß dieser Bandit der Vertreter der Nation ist, die China durch Opium, Indien durch Hunger unterjocht und die das harmlose Burenvolk, natürlich im Namen der Kultur und der Freiheit der kleinen Nationen, vom Erdboden vernichtet hat. Weil wir Deutsche nicht die Rolle des einst mächtigen Spanien und Holland spielen wollten, weil wir auf den Ertrag einer 40jährigen rastlosen Friedensarbeit, zähen Gewerbefleißes und aufreibender Geistesarbeit nicht ohne weiteres verzichten wollten, deshalb mußte der Weltkrieg kommen, und deshalb mußten wir auch vernichtet werden. Weil es Tatsache ist, daß unsere Produkte nicht nur die besten, sondern auch die billigsten der ganzen Welt waren, weil niemand mehr einen Gebrauchsgegenstand kaufte, der nicht mit „Made in Germany“ gezeichnet war, weil alle Schutzzölle und Vorzugszölle und alle sonstigen Finessen umsonst waren, weil der Aufstieg der deutschen Wirtschaft einfach nicht zu verhindern war, deshalb mußte der Krieg kommen. Und nicht zuletzt, weil die soziale Fürsorge und die kulturelle Entwicklung in Deutschland dem amerikanischen Trustsystem ein Dorn im Auge war, mußten wir von der Bildfläche verschwinden. 5 Millionen deutsche Volksgenossen sind heute zur Auswanderung angemeldet. Die Besten Deutschlands müssen ihre Heimat verlassen. Ist es vielleicht imperialistisch, wenn wir Grund und Boden für alle unsere Volksgenossen fordern?“

Die einzige mögliche Antwort auf die neuerdings uns unmöglich vorgelegten Forderungen muß sein: (Moralischer) Widerstand bis zum Äußersten.

Hitler schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit den Worten:

„Wir fordern den Widerruf des Schuldbekenntnisses, die Annullierung des uns von dem allein Schuldigen, dem internationalen Börsenkapitalismus, aufgezwungenen Versailler Vertrags und die Vorlegung eines wirklichen Friedensvertrags, der den Punkten Wilsons entspricht; wir protestieren gegen das Pariser Diktat, aber auch gegen eine Reichsregierung, die neuerdings die ungeheuerlichsten Versprechungen gibt, ohne das Volk zu fragen.“

Aus der Zeit

Gegen englische Roheit

Im österreichischen Bundesrat stellten großdeutsche Mitglieder eine Anfrage, in der es heißt: Der englische Oberst Fleicher hat auf dem Wiener-Neustädter Flugfelde den Ingenieur Christian, ungehalten über angeblich zu langsames Fortschreiten der Zerstörungsarbeiten, barsch zur Rede gestellt, ihm Stöße mit der Faust versetzt, am Halse gepackt und schließlich aus der Halle geworfen. Dieser schlagfertige Offizier mußte hernach zwar, gezwungen durch die erbitterte Arbeiterschaft, den Mißhandelten um Entschuldigung bitten, doch ist durch seinen Roheitsakt das gesamte Volk in Deutschösterreich beleidigt worden. Solch eine Schmach nimmt kein Volk, selbst wenn es in dem größten Elend versunken ist, ohne Sühne hin. Es wird um Mitteilung der Schritte zur Sühne ersucht.

Alle Hochachtung! Wir sind noch nicht ganz überzeugt, daß bei uns die Entrüstung so groß sein würde im gegebenen Fall.

Deutsche Ehen mit britischen und französischen Militärpersonen

Im englischen Unterhause wurde auf eine Anfrage mitgeteilt, daß die Zahl der britischen Offiziere und Soldaten im rheinischen Okkupationsgebiet, die sich mit deutschen Frauen verheiratet haben, bis 31. Dezember 1920 etwa 112 beträgt.

Zu der vor kurzem in einem Teil der französischen Presse („Temps“) gebrachten Mitteilung, daß Ehen zwischen französischen Militärpersonen und deutschen Staatsangehörigen vor einem französischen Gerichtsoffizier gültig geschlossen werden könnten, wird von unterrichteter Seite nochmals darauf hingewiesen, daß solche Ehen nach deutschem Rechte ungültig sind. Ehen, auch mit französischen Militärpersonen, können in Deutschland nur von einem Standesbeamten abgeschlossen werden.

Nach der rechtlichen Lage der Dinge kann man den „deutschen“ Mädchen nur viel Vergnügen wünschen.

Der „Völkische Beobachter“ soll als Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Groß-Deutschlands möglichst bald zur Tageszeitung ausgebaut werden. Da jedoch die vorbereitende organisatorische, redaktionelle und sonstige Arbeit sehr großen Umfang hat, und da gerade die Tageszeitung von der ersten Nummer an gleichmäßig schärfste Schlagkraft entfalten wird, so ist die Umwandlung bisher verschoben worden. Wir hoffen, schon in nächster Zeit unseren Beziehern die sichere Mitteilung machen zu können, daß das tägliche Erscheinen nunmehr ganz nahe bevorsteht.

Franz Eher Nachfolger, G. m. b. H.,
Verlag des „Völkischen Beobachters“.

Die Wohnungsnot und ihre Abstellung

An die bayerische Staatsregierung!

Hsj. Nach einem zweijährigen Bestehen des Münchener Wohnungsamtes ist heute einwandfrei festzustellen, daß diese Einrichtung, als soziales Amt gedacht, ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen ist. Die Gründe dazu liegen teils in einer Falschorganisation des Amtes überhaupt, teils in der Außerachtlassung bestimmter wohnungspolitischer Notwendigkeiten, bei deren Nichtbeachtung die beliebschaffene Organisation gerade auf dem Gebiete der Wohnungsnotabhilfe zweifellos versagen muß.

Die Falschorganisation des Wohnungsamtes ist vor allem durch die Tatsache gekennzeichnet, daß die Ausübung einer durchgreifenden Wohnungspolizei zur Erfassung aller vorhandenen menschenwürdigen und gesunden Wohnräume bis heute infolge unzulänglicher Mittel zum Zweck zu dem eigenartigen Ergebnis führte, daß einmal überhaupt noch nicht alle Stadtteile abgesucht sind und dann, wo dies geschehen ist, die Verteilungen der Wohnungen zum großen Teil nicht den deutschen Volksgenossen zugute kommt, sondern jenen jüdischen Eindringlingen, die wir aufs schärfste bekämpfen.

Der Kampf gegen die unsere deutschen Volksgenossen auch in diesem Belang schädigenden jüdischen Zuwanderer aus dem Osten und sonst woher ist aber ein wesentlicher Bestandteil zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Als solcher ist er in die Neuordnung im Wohnungsnachweis einzugliedern, wenn überhaupt die Absicht besteht, wirklich soziale Arbeit zu leisten, d. h. den deutschen Volksgenossen unter allen Umständen die Möglichkeit zu geben zu seelischer und körperlicher Gesundung, damit sie so der heimatlichen, nationalen Wirtschaft und Kultur wiedergewonnen bzw. ihre Arbeitskraft und Arbeitsfreude für unser Volkstum erhalten bleiben.

Wenn eingewendet wird, daß die Wohnungsnot am wirksamsten durch rege Bautätigkeit bekämpft würde, so ist das vollständig richtig; wenn wir hören, daß diese Bautätigkeit bereits allmählich in Gang gebracht wird, so kann man das nur begrüßen. Angenommen aber, es würde die Geldfrage keine Schwierigkeiten machen, dann wäre zu befürchten, daß die verschiedenen Fürsorgestellen der Juden ihre Siedlungstätigkeit für ihre östlichen Stammesgenossen noch in erhöhterem Maße betreiben. (Siehe die Gegend von Duisburg, wo 15 000 Ostjuden mit samt ihrer „Kultur“ angesiedelt wurden, während man für vertriebene Deutsche bald nicht einmal mehr eine bescheidene Dachkammer übrig zu haben scheint!). Trotz aller Bautätigkeit, die infolge ihres gegenwärtigen geringen Umfanges eine rasche Abhilfe nicht schaffen kann, bleibt die Notwendigkeit bestehen, sich endlich allen Ernstes mit der Judenfrage auseinanderzusetzen, und zwar in dem Sinne, wie es die unten stehenden Forderungen verlangen.

Die Not und das Elend der Wohnungsuchenden leidet keinen Aufschub mehr. Mit Besprechungen und Erwägungen in Ausschüssen aller Art ist nichts getan. Die Staatsregierung möge bedenken, daß die Empörung und der gerechte Zorn zehntausender in unzulänglichen, teilweise überhaupt unmöglichen „Wohnungen“ eingepferchter Deutscher zu verzweifelten Ausbrüchen gelangen kann, die geeignet sind, die an sich unerträglichen Zustände noch chaotischer zu gestalten. Dem durch wirkliche nationalsoziale praktische Arbeit zuvorzukommen, ist Pflicht einer Regierung, der das Wohl der Staatsbürger deutschen Blutes mehr am Herzen liegt, als das einer Minderheit jüdischer Abkunft. Dazu gehört freilich der Mut zu dem rücksichtslosem Entschluß, diese Pflicht zu tun, und diesen Entschluß müssen wir von der bayerischen Staatsregierung verlangen. Der „Verband für entschiedene Wohnungsnothilfe“ und die „Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei“ stehen mit allem Nachdruck hinter folgenden Forderungen an die bayerische Regierung.

Wir fordern:

1. Die restlose Ausweisung aller seit dem 1. August 1914 zugewanderten Ost- und sonstigen Juden sowie anderer lästiger Ausländer innerhalb eines Monats unter Einziehung der festzustellenden Wuchervermögen und Enteignung des von diesen erworbenen Grund und Bodens zu Nutzen der Staatskasse für Zwecke des Wohnungswesens.

2. Stellung aller übrigen sogenannten „deutschen“ Juden unter strengstes Fremdenrecht und Herausnahme aus allen staats- und gemeindeamtlichen Stellen.

3. Genaueste Feststellung, wie viele menschenwürdige, gesunde Wohnräume in den verschiedenen, namentlich großen Wohnungen Münchens vorhanden sind. Diese Feststellung ist an Hand der im Statistischen Amt vorhandenen Hauspläne möglich und einwandfrei zu machen.

4. Genauester Vergleich mit den polizeilichen Meldelisten zum Zwecke der Ergründung, auf wie viele und wie zahlreiche Familien mit Dienstboten und Einzelpersonen die festgestellten Wohnräume sich heute verteilen.

5. Die verschiedenen Polizeibezirke Münchens haben durch strengste Kontrolle, die zu jeder Stunde des Tages und der Nacht vorgenommen werden kann, die Erhebungen über die Besetzung der durch das Statistische Amt nachgewiesenen Wohnräume gewissenhaft zu unterstützen. Die Kontrolle ist nur durch Beamte der Polizei in Uniform vorzunehmen.

6. Jeder Hausbesitzer und Wohnungsinhaber ist bei Zuchthausstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zu verpflichten, genaueste und raschste Meldung zu erstatten über das Freisein und Freiwerden von Wohnungen und Zimmern in ihren Anwesen. (Inhaber von Doppelwohnungen verfallen den gleichen Strafen!)

7. Die Mietpreise sind im Verein mit den Mieterorganisationen vor Wucher zu schützen. Nachweisbarer Wucher wird mit Zuchthausstrafe geahndet.

8. Es sind empfindliche Strafen festzusetzen für alle Wohnungsinhaber und Untermieter, die durch fortgesetzte Unreinlichkeit die Gefahr der Verwanzung und Verlausung heraufbeschwören. Eine strenge Überwachung durch das Gesundheitsamt hat dauernd sich darüber auf dem Laufenden zu halten und jeden Verstoß unnachsichtlich zur Anzeige zu bringen. Diesen Aufsichtsbeamten ist der Zutritt zu allen Wohnräumen zum Zwecke der Nachschau zu allen Tageszeiten, von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, zu gewähren. Nur gerichtlich vereidigte, mit besonderem Ausweis versehene Sachverständige können zu Aufsichtsbeamten bestellt werden.

9. Die Staatsregierung hat unverzüglich ein Gesetz zu erlassen, wonach nichtdeutsche, in und außerhalb Bayerns wohnende Personen, Haus- und Grundbesitz unter gar keinen Bedingungen in Bayern erwerben können. Zuwiderhandlung wird für den Verkäufer mit Enteignung des Verkaufserlöses und für den Käufer mit Enteignung des Kaufgegenstandes bestraft. Bei Schiebungen in dieser Sache und Versuchen dazu werden alle daran Beteiligten in gleicher Weise bestraft und für dauernd des Landes verwiesen.

Wir erwarten von der Staatsregierung bis zum 20. März 1921 eine bündige, eindeutige Antwort, ob sie gewillt ist, diese Forderungen unverzüglich in die Tat umzusetzen, eine Antwort ohne Umschweife mit Ja oder Nein. Daran wollen wir erkennen, ob die Regierung den Mut und die Entschlußkraft besitzt, mit aller bisherigen Kompromißtaktik zu brechen, oder ob sie angesichts der furchtbaren Not deutscher Volksgenossen (und der darin einbeschlossenen seelischen und körperlichen Gefahren) mehr Wert legt auf die Meinung landfremder und fremdblütiger Gäste, die niemand gebeten hat. Die Staatsregierung möge sich überzeugt halten, daß wir keinerlei Pogromhetze betreiben wollen, wie dies uns aus durchsichtigen Beweggründen von gewissen Seiten in die Schuhe zu schieben beliebt wird. Weil wir aber die begründete Befürchtung haben, daß infolge der durch die Judenverträge von Spa-Versailles usw. herbeigeführten Notlage des deutschen Volkes und die täglich sich mehr zeigende Einflußkraft des Judentums auf alle Belange deutscher Politik und Wirtschaft die gerechte Empörung sich gewalttätig Luft machen wird, darum drängen wir mit rücksichtslosem Willen darauf, daß auf gesetzmäßigem Wege von Staats wegen die Lösung der Judenfrage im Sinne unserer Forderungen in die Hand genommen wird. Diese Lösung ist möglich, sie ist aber auch zugleich die Kern- und Lebensfrage unsres Staatslebens überhaupt geworden, unsres Staates, wie aller anderen Staaten. Daß sich das Überhandnehmen des Judentums gerade im Wohnungswesen am deutlichsten abhebt, dürfte nachgerade nicht mehr unbekannt sein. Der Bevölkerung Münchens ist es nicht unbekannt, und die Regierung muß es wissen, und darum die Stellung endlich einnehmen, die einzunehmen eine staatserhaltende Pflicht gebietet. Nicht nur für München, sondern für ganz Bayern ist diese Umgestaltung im Wohnungswesen zu schaffen.

Aus der Bewegung

Mitteleuropäische Antisemitentagung

Der „Antisemitenbund" hat auf den 11., 12. und 13. März nach Wien eine Tagung der Antisemiten Österreichs, Ungarns, des Deutschen Reiches und der Schweiz einberufen. Für die Tagung ist folgendes Programm vorgesehen:

Der Nachmittag des 11. März ist den Schulfragen gewidmet. Drei Referate über Hoch-, Mittel- und Pflichtschulen sollen den erreichten jüdischen Einfluß auf die Geistesbildung und die Möglichkeit der erfolgreichen Abwehr und Ausschaltung dieses Einflusses darlegen. Daran anschließend wird ein Begrüßungsabend den Gästen von auswärts Gelegenheit bieten, über den Stand der Judenfrage und des Abwehrkampfes in ihren Ländern zu berichten.

Am Samstag, den 12. März, sollen die Zersetzungsbestrebungen des Judentums in bezug auf soziale Fragen zur Verhandlung gelangen. Fünf Referate werden das Verhältnis des Judentums zur Politik, Frauenfrage, Arbeitnehmerschaft, zum Wirtschaftsleben und zu den deutschen Kampfgemeinschaften erläutern.

Für den Vormittag des 13. März (Sonntag) sind drei Referate über kulturelle Fragen vorgesehen. Das Judentum und das Kulturleben der arischen Völker, der jüdische Geist in Wissenschaft, Kunst und Literatur sowie die jüdische Macht in der Presse werden bei diesem Anlasse eine erschöpfende Feststellung finden und die verläßlichsten Arten einer Befreiung auch auf diesen Gebieten aufzeigen.

Den Abschluß findet die Antisemitentagung Sonntag, den 13. März l. J., mit einer Massenversammlung, die um 5 Uhr nachmittags in der Volkshalle des neuen Rathauses stattfindet.

Als Vertreter der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei und des „Völkischen Beobachters", werden die Herren Hitler und Esser nach Wien reisen. Wie sehr man übrigens auch im Ausland schon erkannt hat, daß die Trägerin des Antisemitismus in Süddeutschland und entschlossenste Verfechterin die nationalsozialistische Bewegung ist, beweist der Umstand, daß Adolf Hitler gebeten wurde, ein Referat über den Stand der antisemitischen Bewegung in Süddeutschland zu übernehmen.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Am Sonntag, den 6. März, sprach im Gasthaus „Zum Eisenbahner" Schriftleiter Hansjörg Maurer über das Thema „Warum sind wir national?" Ausgehend von der augenblicklichen politischen Lage (London!), gab der Redner in kurzen Schlaglichtern eine Darstellung der Ursachen, die zu unserem Unglück führen mußten. Dem Nationalbewußtsein wurde in weiten Schichten unseres Volkes die Nahrung weggerissen durch Einschleichen der materialistisch-marxistischen Weltanschauung. Die innere Verjudung des Volkes und der Mißbrauch, den die Judenführer mit der Arbeiterschaft und den sämtlichen politischen Parteien getrieben haben und noch treiben, erzeugten eine Seelenverfassung, die den Begriff national als verabscheuungswürdig erscheinen lassen will, während die Wurzel alles Gedeihens eines Staates, seines Volkes und dessen eigener Kultur allein in einem bewußten, stolzen Heimatgefühl liegen, in all dem Großen und Vorwärtstreibenden, das der Begriff Nationalbewußtsein umfaßt. Wäre allgemein und besonders bei unserer „Volksregierung" dieses Bewußtsein lebendig geblieben, dann gäbe es heute kein „London" und kein Verhandeln, das unsere Volksehre schändet. Und erst wenn wir die Vergifter des Glaubensbekenntnisses an unsre deutsche Nation werden abgeschafft haben, wenn wir des Judentums in jeder Form abgestreift haben, werden wir wieder aufsteigen können, um der Kulturwelt weiterhin das zu sein, was unsere weltgeschichtliche Berufung ist. — Eine lebhafte Aussprache schloß sich daran, und es war nur zu bedauern, daß infolge des schönen Wetters der Besuch nur mangelhaft war.

Ortsgruppe Rosenheim. Die Nationalsozialisten treffen sich gesellig am Sonntag, den 13. März, abends ½8 Uhr, im Gasthaus zur alten Schießstätte, Haustätterstraße. Am Donnerstag, 10. März, abends ½8 Uhr, Sprechabend im Flötzingersaale, Kaiserstraße.

Verband für entschiedene Wohnungsnothilfe

Nach Eintreffen der Antwort der Staatsregierung auf die ihr bekanntgemachten Forderungen werden wir eine öffentliche Versammlung einberufen. Alle deutschen Volksgenossen werden aufgefordert, sich dem Verband anzuschließen und ihre Anschrift durch Postkarte an Hansjörg Maurer, Kunigundenstraße 11/I, einzusenden. Alles Nähere wird im „Völkischen Beobachter" bekanntgemacht.

Münchner Nachrichten

— Über die Verteidigung Tsingtau's sprach am 5. März Admiral Meyer-Waldeck. An Hand einer Reihe guter, farbiger Lichtbilder gab der Verteidiger Tsingtau's ein Bild der Erwerbung, der Entwicklung und des Verlustes unserer ostasiatischen Kolonie. War schon die Besetzung Kiautschou's politisch ein sonderbarer Streich, so war es noch sonderbarer, solch einen ausgesetzten Posten, wie es Tsingtau war, nicht besser mit Mannschaften und Material auszurüsten. Nur der Pflichttreue und Vaterlandsliebe der in Ostasien ansässigen Deutschen ist es zu danken, daß es gelang, die Besatzung schließlich auf 4500 Mann zu bringen. An Geschützen waren etwa 90 vorhanden, alte und neue, große und kleine, in buntem Durcheinander. Dazu sehr wenig Munition. Diese 4500 Mann mit ihrer schwachen Artillerie haben aber Heldenhaftes geleistet. Über zwei Monate hielten sie Tsingtau, das nur behelfsmäßig ausgebaut war, gegen nach und nach 60 000 Japaner und Engländer. Erst als buchstäblich die letzte Granate verschossen war, wurde der Platz übergeben.

Zum Schluß wandte sich Meyer-Waldeck noch gegen das Märchen, daß die deutschen Gefangenen in Japan ganz besonders anständig behandelt worden seien.

Minutenlanger Beifall dankte dem Redner. Da die Zuhörerschaft sich aus Angehörigen aller Berufe zusammensetzte, konnte man diesen Beifall als gutes Zeichen nehmen dafür, daß der Stolz auf deutsche Ruhmestaten doch noch in jedem Deutschen wurzelt, und daß dieser Stolz das deutsche Volk auch wieder zum Aufstieg führen wird.

— Ausstellung von Erfindungen. Der Deutsche Erfinder-Schutzverband e. V. München veranstaltet während der „Internationalen Frühjahrsmesse" in Frankfurt a. M. vom 10. bis 16. April eine große Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten, die allen Erfindern günstige Gelegenheit bieten soll, ihre Schutzrechte ohne große Kosten bekannt zu machen. Mittellose und arbeitslose Erfinder sowie Kriegsbeschädigte erhalten gegen entsprechende Bescheinigung Freiplätze. Die Anmeldungen müßten sofort erfolgen, da andernfalls die ausgestellten Gegenstände nicht mehr im Ausstellungskatalog aufgenommen werden können. Näheres durch die Geschäftsstelle des Verbandes, München, Jahnstraße 20.

— Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband. Donnerstag, den 10. März, Vortrag des Koll. A. Ketzer über seine Erlebnisse im Wiederaufbaugebiet Nordfrankreichs. Abends ½8 Uhr, Pschorrbräuhaus, Bayerstraße 30. Familienangehörige mitbringen!

Die Kleinkunstbühne „Hölle", im Sterneckerbräu im Tal, die leider noch zu wenig bekannt ist im Verhältnis zu ihren guten Leistungen, war am letzten Donnerstag das Ziel der Nationalsozialisten. Und es muß gesagt werden, in dieser „Hölle" fühlten sich die bösen Nationalsozialisten ganz entschieden wohler, als in dem jüdisch-kapitalistischen Himmel, den wir jetzt auf Erden haben. Das abwechslungsreiche Programm wird bestritten durch die temperamentvolle Vortragskünstlerin Betty Füller, trotz ihrer Zugehörigkeit zur „Hölle" immer noch „Stern", die jugendlich-fesche Hansi Kaiser, den hoffnungsvollen Bariton Fred Alfonso (Alfred Alfons), den beiden humorvollen Charakterdarstellern Heinz und Godbans — letzterer hat Anspruch auf die Bezeichnung Komiker. Leiter des ganzen, sozusagen, Direktionsteufel, zugleich urgelungener Typendarsteller ist Fr. Schmidla. — Zum nächsten Unterhaltungsabend der in der „Hölle" für die Mitglieder der Münchner Ortsgruppe der D.A.P. veranstaltet wird, erwarten und empfehlen wir recht zahlreichen Besuch.

— Neue Bureauzeit bei der Polizeidirektion. Die Bureaus der Polizeidirektion sind ab 1. März von ½8—12 und von 2—6 Uhr, an Samstagen von ½8—1 Uhr geöffnet. Die bisherigen Bureaustunden waren 8—12½ und 2½—6½ und an Samstagen von 8—1½ Uhr.

— Münchner Theatergemeinde. 8. März: Kammerspiele: „Wildente" (Nr. 61 026—61 375). 9. März: Prinzregententheater: „Don Carlos" (Nr. 52 701—53 600). 10. März: Prinzregententheater: „Hanneles Himmelfahrt" (Nr. 53 601—54 050 und 57 201—57 875). 15. März: Prinzregententheater: „Schluck und Jau" (Nr. 54 051—54 500 und 56 301—56 750.

Am 12. März findet im Münchner Marionettentheater an der Blumenstraße, nachmittags 3 Uhr, eine Kindervorstellung statt. Karten sind zum Preise von 75 Pf. an unsere Teilnehmer verkäuflich.

Für die vom Palestrina-Verein am 11. März im Odeon veranstaltete alte und neue Münchner Vokalmusik sind Karten mit 30 Prozent Ermäßigung bei Otto Bauer, Maximilianstraße 5, gegen Vorzeigung der Teilnehmerkarte erhältlich.

— Münchener Volkstheater. Dienstag, den 8. März bis mit Samstag, den 12. März, abends 7½ Uhr, „Die ewige Braut" (Gastspiel Pepi Glöckner), Ende 10 Uhr. Sonntag, den 13. März, nachmittags 4 Uhr, bei ermäßigten Preisen „Der Pfarrer von Kirchfeld", Ende 6 Uhr. Sonntag, den 13. März, abends 7½ Uhr, „Die ewige Braut", Ende 10 Uhr. In Vorbereitung: „Das Wundermittel", von Fulda.

— Münchener Schauspielhaus. Mittwoch, den 9. März, abends ½8 Uhr, „Ein idealer Gatte", Ende ¾10 Uhr. Donnerstag, 10. März, abends ½8 Uhr, „Ratte", Ende 10 Uhr. Freitag, 11. März, abends ½8 Uhr, „Ein idealer Gatte", Ende ¾10 Uhr. Samstag, 12. März, abends ½8 Uhr, Erstaufführung „Godiva", Drama in 5 Akten von Hans Franck. Sonntag, 13. März, nachmittags ½4 Uhr, bei ermäßigten Preisen, „Erdgeist", Ende 6 Uhr (13 301—14 000). Sonntag, 13. März, abends ½8 Uhr, „Ein idealer Gatte", Ende ¾10 Uhr.

Splitter

Von Fritz de Trignis

Gegen Sprichwörter sei vorsichtig, denn sie entstammen der Weisheit der Masse!

Grobheit beweist eher den Feind, als Schmeicheln den Freund.

Gedanken sind wie Blitze, die meisten zünden nicht.

Zehn Gerechte sind langweiliger als ein Sünder.

Wer sein Talent vergräbt, wird von keinem Bankier beschissen.

Ein galanter Mann wird einer Frau nie sagen, sie habe wenig Verstand. Er wird sagen, sie besitze viel Gemüt.

Wer in der Jugend spart, hat im Alter keine Erinnerungen.

Eine gelehrte Frau ist mir immer noch lieber, als ein ungebildeter Mann.

„Ach, wie bin ich unglücklich!" sagte eine Frau zu mir. „Übrigens, wie steht mir das Unglücklichsein?"

Dichter sind Menschen, die zu ungeschickt sind, sich in Prosa gut auszudrücken.

Die geistreichsten Gedanken kommen durch Zufall.

Wenn dir ein Dichter seine Verse vorliest, so wache rechtzeitig auf, sie zu loben!

Das Ideal ist die Potenz des Unerreichbaren.

Bemerkungen

„Kommunisten und Nationalsozialisten"

In einer Versammlung der K.P.D., in der der kommunistische Reichstagsabgeordnete Plettner-Hannover über „Die Krise des Weltkapitalismus" sprach, ergriffen auch die Nationalsozialisten Körner und Skell das Wort. Schwupp, bemühen sich die Börsenblätter „Münchner Neueste Nachrichten" und „Münchener Post", durch entsprechenden Aufputz ihrer Versammlungs„berichte" den Anschein zu erwecken, als seien Kommunisten und Nationalsozialisten vollkommen eins und weiterhin, als hätten die nationalsozialistischen Redner vergeblich um die Gunst der Kommunisten gebuhlt. Der Zweck dieser Art von „Berichterstattung" ist durchsichtig. Was haben nun unsere Parteifreunde erklärt? „Auch wir Nationalsozialisten sind der Ansicht, daß der Kampf gegen das Börsenbanditentum möglichst bald und ohne Rücksicht aufgenommen werden muß. Wir ersehnen, damit dieser Kampf wirksam wird, den Zusammenschluß aller ehrlich antikapitalistisch denkenden Volksgenossen. Wir erhoffen uns nichts von der internationalen Solidarität, sondern alles von dem nationalen Zusammenschluß aller ausgebeuteten Deutschen. So wie der Redner über das Kapital und seine verheerende Wirkung gesprochen habe, könne er auch in jeder Versammlung von Nationalsozialisten sprechen. Im Prinzip (d. h. daß man der Börsenclique das Handwerk legen muß, und zwar baldmöglichst) sind wir uns einig." Ausdrücklich erklärten unsere Freunde, daß ein Zusammengehen mit den ehrlich denkenden Geführten der U.S.P. wohl möglich sei, aber nur unter der Voraussetzung, daß sie sich von der jüdisch-kapitalistischen Führung freimachen und den verwickelten internationalen Standpunkt verlassen. Daß ein solcher Zusammenschluß, den wir, genau so wie den Zusammenschluß mit den Enttäuschten und Entschlossenen allen Parteien von ganz rechts ab, für die einzige Voraussetzung halten, um wirksam gegen unsere Ausbeuter vorgehen zu können, den Vertretern des jüdisch-internationalen Börsenkapitals und des sogenannten nationalen Stinneskapitals unangenehm ist, begreifen wir. Aufhalten aber werden die bedauernswerten Kuli am Altheimereck und Färbergraben den Lauf der Dinge nicht.

Alpines und Sport

— Alpenvereinssektion Bergland. Am Donnerstag, den 10. März, spricht im Sektionsheim (Kreuzbräu, Brunnstraße 7) das Mitglied der Sektion Herr Professor Jan Diemer über „Berge von oben" mit Lichtbildern. Vorher findet die Preisverteilung für den Erinnerungslauf der Sektion am Pürschling statt. — Sonntag, den 13. März, Führungstour: Österr. Schinder; Führer Herr Hangartner, Abfahrt Samstag 2 Uhr 7 Min. nach Neuhaus. Anmeldung zu der Tour am Sektionsabend erforderlich.

— Alpenvereinssektion Bergland. In ernster Stunde, da man über unser Vaterland ein schwerwiegendes Urteil zu fällen beriet, sprach Herr Hofrat Dr. Crämer von ernsten Dingen. Der Alpinismus und die Hungerblockade, so lautete das Thema des Abends. Der Herr Vortragende schilderte in deutlicher Weise die ernsten Folgen der furchtbaren Unterernährung und zeigte vor allem, wie in dem Moment der höchsten Spannung der politischen Ereignisse im Jahre 1918 die Ernährungsziffer auf den größten Tiefstand gesunken war, so daß in dem entscheidenden Moment die Spannkraft des Volkes völlig versagte und die entsetzlichen Folgen zeitigte, an denen wir und unsere Kinder zu tragen haben werden. Mit die schwerste Folge der Unterernährung nennt Herr Hofrat Dr. Crämer das erschreckende Anwachsen der Tuberkulose. Dem Staate stehen bei der fürchterlichen Verarmung nicht die Mittel zur Verfügung, um alles Nötige für die Volkshygiene zu veranlassen, so erwächst dem Alpinismus hier ein Arbeitsfeld und eine dankenswerte Aufgabe. Ein erschreckendes Bild des Kinderelendes, der Sterblichkeitsziffern überhaupt entrollt der Herr Vortragende. Von abscheulicher Gefühlsroheit zeugen Artikel, die in führenden englischen Blättern erschienen und es deutlich kennzeichneten, worauf es unseren Feinden ankommt. Verelendung unserer Rasse, Verelendung eines Millionenvolkes, dessen Arbeit und Konkurrenz auf allen Gebieten man fürchtet. Auf die Jugend setzt der Herr Vortragende seine Hoffnung. Diese nach Möglichkeit zu kräftigen, dazu sieht er den besten Weg in den Bestrebungen des Alpinismus, der die Jugend in Gruppen zusammenfaßt und nicht allein eine Kräftigung der Jugend in körperlicher Hinsicht, sondern auch eine Stärkung der Heimat- und damit der Vaterlandsliebe fördert. Die Erreichung des Zieles, unsere Jugend für Ideale zu begeistern, ist eine wertvolle Aufgabe der Alpenvereinssektionen. Rein wie die Bestrebungen des Alpinismus sei auch die Förderung unserer Jugend. Je größeren Einfluß wir in dieser Beziehung auf die Jugend gewinnen, je veredelnder der Alpinismus auf das heranwachsende Geschlecht wirkt, um so weniger wird es unseren Feinden gelingen, unser Volk zu verelenden, uns zu Sklaven zu machen. Warmer, herzlicher Beifall dankte Herrn Dr. Hofrat Crämer, der es so außerordentlich gut verstanden hat, über ein so ernstes, alle interessierendes Thema zu sprechen, ohne die Politik in unseren Kreis zu tragen.

Bekanntmachung

Das Schöffengericht bei dem Amtsgerichte München erkennt in der Privatklagesache

Dr. Rosenak, Rabbiner in Bremen,

gegen

Leoprechting Franz, Frhr. von, Schriftsteller, hier,
Maurer Hansjörg, Schriftleiter, hier

wegen Beleidigung
in der öffentlichen Sitzung vom 17. Februar 1921 in Gegenwart des Amtsgerichtsrats Frank;
der Schöffen: a) Hense Alfred, Kaufmann, b) Betz Karl, Chemiker;
des städt. Gerichtsschreibers Steindlmüller auf Grund der Hauptverhandlung zu Recht:

Die Angeklagten Leoprechting Franz, Freiherr von, geboren am 13. Dezember 1872 in Neuötting, Amtsg. Altötting, verheiratet, Schriftsteller hier, Maurer Hansjörg, geboren am 20. Oktober 1891 in Jettenbach am Inn, verheiratet, Schriftsteller hier, sind schuldig je eines Vergehens der üblen Nachrede und werden deshalb zu je einer Geldstrafe von einhundert Mark, für den Fall der Uneinbringlichkeit je zu einer Gefängnisstrafe von zehn Tagen sowie zur Tragung der Kosten und zum Ersatz der, dem Privatkläger Dr. Rosenak, Rabbiner in Bremen, erwachsenen notwendigen Auslagen verurteilt.

Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung der Angeklagten auf deren Kosten durch einmalige Einrückung der Urteilsformel in der für amtliche Bekanntmachungen üblichen Art in der Zeitung „Völkischer Beobachter" innerhalb eines Monats nach Rechtskraft des Urteils öffentlich bekannt zu machen.

Dieses Urteil gebe ich nach Eintritt der Rechtskraft öffentlich bekannt.

Der Anwalt des Privatklägers:
Levinger, Rechtsanwalt.

Hauptschriftleitung: Hugo Machhaus. — Verantwortl. für Bewegung und den nichtpolit. Teil: H. Esser. — Völkische Rundschau: Hansjörg Maurer. Anzeigen: i. V. Franz Haug — Verlag Franz Eher Nachf. G. m. b. H. Rotationsdruck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. — Sämtl. in München.

Wer sein
BESITZTUM
sei es auf dem Lande oder in der Stadt, ganz gleich welcher Art und Größe, rasch, vorteilhaft und verschwiegen verkaufen will, wende sich in seinem eigensten Interesse an die altbekannte
Immobilien-Verwertungs-Gesellschaft
FISCHLER & CO
München, Prielmayerstr. 10, Tel. 51510
Mäßige Bedingungen. Durchgreifende Behandlung eines jeden Verkaufsauftrages. Höchste Preiserfolge! Geschulter Beamtenstab! Besichtig. sofort kostenlos allerorts i. ganz Deutschland. Prospekt m. Angabe v. Referenz. sofort gratis!

Kino! Gesinnungsgenossen, weißt mir Kleinstadt nach (mögl. Nordbayern, nicht unt. 2500 Einwohner), wo sich Kino rent. würde. Kompl. Einrichtg., eigene elektr. Kraftlichtanl. vorh. Beteilig. event. Anstell. unt. günst. Bed. nicht ausgeschl. Angeb. unt. H. 429 an d. Anz.-Abtlg. dies. Blattes.